

1. Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

In der Vorlage des Entwurfs für einen Beschluß der Volkskammer zur "Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit", die am 18. 1. 1990 vom Runden Tisch bestätigt wurde und zu deren Korrektur durch die Regierung der Runde Tisch am 22. 1. 1990 einen Beschluß faßte, ist in der Fassung, die dem Präsidium der Volkskammer übermittelt wurde, eine weitere Veränderung vorgenommen worden, von der der Runde Tisch nicht informiert worden ist.

In Paragraph 11, 1. Satz wurde aus dem Text "Rundfunk, Fernsehen und ADN sind unabhängige öffentliche Einrichtungen, die nicht der Regierung unterstehen" das Wort ADN herausgenommen. Dafür wurde in den Paragraphen eingefügt: "Der ADN bleibt eine Einrichtung der Regierung. Das schließt die Gründung anderer Agenturen nicht aus."

Der Runde Tisch drückt sein Befremden aus, daß an der Beschlußvorlage weitere politisch wesentliche Veränderungen vorgenommen wurden, ohne daß der Runde Tisch zuvor davon in Kenntnis gesetzt wurde. Der Runde Tisch erwartet von der Volkskammer, daß der Beschluß über die "Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit" in der Fassung erfolgt, die am 9. 1. 1990 dem Runden Tisch vorlag und von ihm am 18. 1. 1990 bestätigt wurde.

2. Zur Einbeziehung ökologischer Prinzipien in die Gestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der DDR

Die Arbeitsgruppe "Ökologischer Umbau" des Zentralen Runden Tisches verabschiedete nach mehreren Diskussionen am 12. 01. 1990 die nachfolgende aufgeführten Vorschläge¹ zur Einbeziehung ökologischer Prinzipien in die Gestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der DDR. Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Teilnehmern des Runden Tisches, diese Maßnahmen als Arbeitsgrund-

¹ Vorläufige Vorschläge, da der Umweltbericht der Regierung der Arbeitsgruppe noch nicht vorgelegen hat.

~~7/8~~

Ergebnisse der 10. Sitzung
des Ausschusses am 27. Januar 1990

lage bis zur Wahl am 6. Mai 1990 anzunehmen. Die Vorschläge enthalten sowohl Maßnahmen mit sofortiger Wirkung als auch solche, die weit in die Zukunft reichen. Dessen ungeachtet sollten alle vorgeschlagenen Maßnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden.

I. Allgemeine Grundprinzipien

Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft, wenn sie ihre Lebensgrundlage behauptet, wenn sie Luft, Wasser, Boden, Lebewelt und Landschaft als unersetzlich begreift. Die Erneuerung unserer Gesellschaft muß daher auf die dauerhafte Entwicklung der Beziehungen zwischen Mensch und Natur gerichtet sein, unabhängig vom jeweiligen politischen Standort der am Runden Tisch vertretenen Parteien, Organisationen und Gruppierungen. Dies erfordert einen ökologischen Umbau in unserem Lande, der ökologische Erfordernisse und Umweltschutz zum integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie erhebt. Dies bedeutet:

1. ökologische Leitlinien zum bestimmenden Entscheidungskriterium unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu machen und ökologische Erkenntnisdefizite durch intensive wissenschaftliche Forschung zu verringern,
2. die Produktion unter strikter Beachtung der Anforderungen von Ökologie und Umweltschutz und der sparsamen Ressourcenverwertung zu organisieren,
3. nur solche Wirtschaftsentwicklung zuzulassen, die nicht zu Lasten der Umwelt geht,
4. das Versorge- und Verursacherprinzip in der Umweltpolitik durchzusetzen,
5. verursachte Umweltschäden zu benennen und zu sanieren,
6. beim Umweltschutz eine umfassende internationale Kooperation zu gewährleisten,
7. den ökologischen Umbau der Gesellschaft und das Grundrecht auf eine gesunde Umwelt zum Verfassungsgrundsatz zu erheben,
8. eine umfassende, öffentliche Umweltinformation, -beratung, -kontrolle und -mitentscheidung zu sichern sowie
9. die Arbeit aller ökologischen Gruppen und Netzwerke im nationalen und internationalen Rahmen zu gewährleisten.

II. Maßnahmen

1. Zur Schaffung gesetzlicher Grundlagen und öffentlichen Kontrolle

- 1.1. Sofortige Bildung eines Volkskammerausschusses für Umwelt- und Naturschutz
- 1.2. Schaffung gesetzlicher Regelungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung von Standorten, Verfahren und Erzeugnissen.
- 1.3. Ersatz des Landeskulturgesetzes durch ein modernes Umweltschutzgesetzeswerk, Erarbeitung eines Chemikaliengesetzes und eines Gesetzes zur Gentechnik
- 1.4. Ausarbeitung und Anwendung finanzieller und ökonomischer Regelungen zur Förderung ökologiegerechter Produktion und umweltgerechten Verhaltens
- 1.5. Zusammenführung der bestehenden Umweltkontrollorgane in einer einheitlichen staatlichen Behörde sowie ihre Ergänzung durch ökologische Überwachungsinitiativen

2. Zur Informationspolitik, Erziehung, Aus- und Weiterbildung

- 2.1. Sofortige Übergabe eines Umweltberichtes an die Arbeitsgruppe "Ökologischer Umbau" durch die Regierung der DDR, der in konzentrierter Weise über Primärdaten einschließlich Interpretation, Abhilfestrategien und gesundheitliche Belastung informiert, um daraus Maßnahmen für das weitere Vorgehen abzuleiten.
- 2.2. Umweltinformation, -bildung und -erziehung müssen einen größeren Raum in den Medien, insbesondere im Fernsehen, einnehmen.
- 2.3. Schwerpunktmäßige Einordnung der Ökologie in die neue Bildungskonzeption bei Erweiterung des Bildungsangebotes auf diesem Gebiet, insbesondere durch Umweltzentren bzw. Studienrichtungen sowie Lehrstühle für neue ökologische Disziplinen.
- 2.4. Gründung einer von Parteien und Organisationen unabhängigen Umweltzeitschrift.

3. Zur Wissenschaftspolitik

- 3.1. Verbesserung und spürbare materielle Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf den Gebieten von Ökologie, Natur-, Landschafts- und Umweltschutz sowie einer umwelt- und ressourcenschonenden Energiewirtschaft
- 3.2. Gründung bzw. Aufbau von ökologischen Instituten bzw. Bereichen bei der AdW und AdL (Agrarökologie) sowie an den Universitäten und Hochschulen
- 3.3. Erarbeitung und schrittweise Realisierung von Forschungsstrategien, die auf die Aufklärung ursächlicher Zusammenhänge und damit auf neuartige ökologische Lösungen gerichtet sind, die in Zukunft heute gebräuchliche Verfahren ergänzen oder substituieren können, und ihre Finanzierung vorrangig aus dem Staatshaushalt

4. Zu Industrie und Abproduktentsorgung

- 4.1. Forcierte Entwicklung weitgehend geschlossener Stoffkreisläufe in allen Produktionszweigen (recycling), einschließlich Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Sekundärrohstoffeffassung
- 4.2. Entwicklung, Produktion, Import und Einsatz einer leistungsfähigen, dem Welthöchststand entsprechenden Umweltschutztechnik und -meßanalytik
- 4.3. Ausstattung aller Betriebe mit notwendiger Umweltschutztechnik bzw. schrittweise Schließung nicht rekonstruierbarer Umweltverschmutzer
- 4.4. Erlaß einer Großfeueranlagen - Verordnung, die zum Einbau von Rauchgasentschweflungs-, Entstickungs- und Entstaubungsanlagen zwingt
- 4.5. Vorrangig in hoch belasteten und geschädigten Territorien sind sofort Sanierungsmaßnahmen mit den Bürgern zu beraten und in Kraft zu setzen
- 4.6. Schaffung kommunaler Kläranlagen für alle größeren Städte (durchgängig biologische Klärung; 3. Reinigungsstufe anstreben, Deponie schadstoffbelasteter Klärschlämme) unter Nutzung der Baukapazitäten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes; Realisierung des Abwasserprogramms auf dem Lande (biologische Klärung)
- 4.7. Einführung umweltneutraler Abfalldeponiekonzepte einschließlich Konditionierungstechnologien zur Verbesserung der Deponiefähigkeit von Abfällen und zur Stimulierung ihrer Wiederverwertung, Festlegung der Deponiegebühren auf einem entsprechenden Niveau
- 4.8. Es sind keine neuen Müllimportverträge (außer mit Westberlin) abzuschließen
- 4.9. Erstellung einer Nutzungskonzeption für schwermetallbelastete Rieselfelder

5. Zur Energiepolitik

Kurzfristige Vorlage eines Energiesparprogramms durch die Regierung, in dem folgende Festlegungen enthalten sein sollten:

5.1. Senkung des Energieverbrauchs um mindestens 30 % durch folgende Teilmaßnahmen:

- kurzfristige Aufhebung der staatlichen Stützung für Elektroenergie und Gas. Der Wirtschaft sind die realen Energiepreise in Rechnung zu stellen. Die Bürger und Einrichtungen erhalten einen finanziellen Ausgleich und werden somit für eigene Energiesparbeiträge belohnt
- Erarbeitung und Anwendung von Energiespartechniken (effektivere Wärmedämmung als gesetzliche Pflicht, Ausbau der Dämmstoffindustrie, Realisierung von Energiespartechniken bei Kühlung und Beleuchtung, Abwärme-Wiederverwendung, Kraft-Wärme-Kopplung in Kraftwerken, Niedrigenergiehäuser)
- Schrittweise Reduzierung des Exports energieintensiver und umweltbelastender Erzeugnisse (Schwermaschinen, Zement, Stickstoffdünger, Fleisch, Lebewesen)

5.2. Schrittweise Substitution der Braunkohle als Energieträger sowie Einstellung des Braunkohleexports

5.3. Vor dem weiteren Ausbau der Kernenergie sind alle Kosten einschließlich der Folgekosten und Risiken im Vergleich zu anderen Energiekonzeptionen offenzulegen und zu diskutieren.

Minderheitenvotum

- Gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie treten ein die Vertreter der Grünen Liga, der Grünen Partei, von Demokratie Jetzt und des Unabhängigen Frauenverbandes
- Die Entscheidung behalten sich vor bis zur Vorlage des Energiesparprogramms die Vertreter von CDU, DBD, LDPD, NDPD, PDS und VdgB

5.4. Konsequente Förderung und höchstmögliche Nutzung regenerierbarer und dezentraler Energiequellen (Wind, Wasser: ehemalige Wehr- und Mühlenanlagen, Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizung, Jahreswärmespeicher, Biogas)

5.5. Intensive Forschung nach alternativen Energiequellen unter konsequenter Nutzung internationaler Wissenschaftskooperation

6. Zur Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

6.1. Abkehr von der einseitig auf hohe Erträge ausgerichteten und Übergang zu einer ökologisch- und ökonomisch ausgewogenen Landbewirtschaftung, die bei effektiver Produktion pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse gleichermaßen den Schutz des Bodens, des Grundwassers, der Oberflächengewässer, der Luft, der Artenvielfalt und der Landschaft einschließt. Dies erfordert u. a.

- Abbau der Nahrungsmittelsubventionen bei Lohn-, Renten- und Stipendenausgleich
- die schnelle Schaffung entsprechender materieller Voraussetzungen (z.B. Güllelager, Silosickersaftauffanggruben, befestigte Düngerlagerstätten, Anhebung der Mineraldüngerqualität, verbesserte Applikations- und Bodenbearbeitungstechnik)

- Gestaltung der Pflanzenproduktion nach den natürlichen Standortbedingungen, Schaffung und Wiederherstellung von Grünland- und Gehölzstreifen an den Oberflächengewässern (Minderung von Erosion und Stoffaustrag)
- Erarbeitung technologischer Maßnahmen, Bewirtschaftungsregeln und Richtwerte durch die Agrarwissenschaften mit dem Ziel der Beseitigung bereits vorhandener und der Verhinderung künftiger Schädwirkungen (Erosion, Schadverdichtung, PSM-, Nährstoff- und Schwermetallrichtwerte) unter Einbeziehung unkonventioneller Verfahren
- Aufbau von Forschungskapazitäten und Versuchsbetrieben des ökologischen Landbaus

6.2. Minimierung der durch die Tierproduktion ausgehenden Umweltschädigungen und Sicherung einer artgerechten Tierhaltung u. a. durch:

- schrittweise Reduzierung sehr großer Tierproduktionskonzentrationen
- drastische Verminderung des Ammoniakausstoßes in Tierproduktionsanlagen
- strukturelle Veränderung der Landwirtschaft je nach den territorialen Bedingungen mit dem Ziel der engeren Zusammenführung von Pflanzen- und Tierproduktion
- Verringerung der Schweinebestände und gleichzeitiger Ausbau bzw. Modernisierung der Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten

6.3. Schutz und rationelle Nutzung des Waldes unter strikter Berücksichtigung landeskultureller Erfordernisse (kein Raubbau, Einschränkung des Holzexports, wissenschaftlich begründete Maßnahmen zur Waldschädenminderung, ökologisch angepaßte Waldbauformen)

7. Zur Orts- und Landschaftsgestaltung einschließlich der Einrichtung von Schutzgebieten

7.1. Die Planung der Mehrfachnutzung unserer Landschaft unter vorrangig ökologischen Aspekten muß integrierter Bestandteil der langfristigen territorialen Planung sein und zu einer raumbezogenen Umweltplanung weiterentwickelt werden. Dabei ist der Umweltversorgung grundsätzlich Vorrang einzuräumen. Es ist u. a. zu beachten:

- Unterbindung der weiteren Zersiedelung und Belastung unserer Landschaft durch Kleingartenanlagen, Wochenendhäuser oder ähnliche Vorhaben
- Schrittweise Wiederherstellung und Schaffung von Flurelementen (Feldgehölze, Raine, Randstreifen, Brüche, Teiche, Tümpel) zur Sicherung naturnaher Ökotypen, der Biotop- und Artenvielfalt und ökologischer Regulationsmechanismen
- Renaturierung und Sanierung von Fließ- und Standgewässern statt weiterer Verbauung und Trockenlegung, dabei Übernahme von Landschaftspflegemaßnahmen durch die Meliorationsbetriebe

- Ausdehnung der Trinkwasserschutzgebiete und ihre Nutzung unter strenger Beachtung ökologisch begründeter Regeln und Richtwerte
- Erweiterung von Schongebieten für gefährdete Pflanzen- und Tierarten der Agrarlandschaft.

- 7.2. Vorläufige Unterschutzstellung des 5 km-Grenzbereiches zwischen DDR und BRD (einschließlich Grenze zu Westberlin) und Bildung einer Expertenkommission aus Ost und West, die eine landeskulturelle Analyse durchführt und besonders schützenswerte Gebiete ausweist, welche dann gesetzlich unter Schutz zu stellen sind.
- 7.3. Ausarbeitung und Realisierung von Dorfgestaltungskonzeptionen, die an dörflichen Traditionen (historische wertvolle Bauten z. B. Fachwerkhäuser, Kulturgüter, Bodendenkmale) orientiert sind sowie ein harmonisches und gepflegtes Ortsbild, Naherholungsbereiche und Schutz von Kleinbiotopen gewährleisten
- 7.4. Überprüfung konzipierter bzw. bereits bestätigter Neubaugebiete auf der sog. "grünen Wiese", Orientierung der Baubetriebe auf die Werterhaltung und Sanierung der vorhandenen Bausubstanz
- 7.4. Durchsetzung verkehrsberuhigter und begrünter Zonen in Wohngebieten und Einkaufszonen.

8. Zur Verkehrspolitik

- 8.1. Ausbau eines attraktiven öffentlichen Nah- und Fernverkehrs unter vorläufiger Beibehaltung staatlicher Subventionen und bei Verbesserung der Verkehrsstrukturen auf dem Lande
- 8.2. Wegfall der Kfz-Steuer bei gleichzeitiger spürbarer Erhöhung der Benzinpreise
- 8.3. Einführung bleifreien Benzins und geregelter Katalysatoren für Verbrennungsmotoren
- 8.4. Anlage von Radwegenetzen in Städten
- 8.5. Anbringung von Lärmschutzanlagen an stark befahrenen Verkehrstrassen

Dieses Konzept wird getragen von den Vertretern folgender Parteien, Organisationen und Gruppierungen der AG "Ökologischer Umbau" des Runden Tisches: CDU, DBD, Demokratie Jetzt, FDGB, Grüne Liga, Grüne Partei, LDPD, NDPD, PDS, Unabhängiger Frauenverband, VdGB, Vereinigte Linke.

3. Erklärung zum Grünen Tisch der DDR

Der Runde Tisch macht sich folgende Ausführungen des "Grünen Tisches" zu eigen.

Die Teilnehmer dieser Beratung schlagen übereinstimmend dem Runden Tisch vor, auch nach dem Wahltag am 18. März 1990 dieses Gremium unter folgenden Zielstellungen weiter arbeiten zu lassen:

- 1. - Dieses Gremium spricht Empfehlungen in prinzipiellen Ökologie- und Umweltfragen der DDR aus.
- 2. - Es berät die Regierung in allen umweltrelevanten bedeutsamen Sachfragen.
- 3. - Es fördert die Verknüpfung von Fachkompetenz und ökologischen Basisbewegungen.

4. Ökologische Forschung in der DDR

Der Runde Tisch schlägt der Regierung zur Sicherung der ökologischen Forschung in der DDR vor:

- 1. Der Minister für Wissenschaft und Technik wird mit der Vorlage eines "Nationalen ökologischen Forschungsprojektes" bis Mitte März 1990 beauftragt. In die Erarbeitung dieses Projektes werden Vertreter der AG "Ökologischer Umbau" einbezogen, z. B. in der am 21. 12. 1989 gegründeten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Förderung der ökologischen Forschung. Das Projekt ist vor seiner Vorstellung am Runden Tisch der AG "Ökologischer Umbau" vorzulegen.
- 2. Die Regierung sichert, daß die derzeit betriebenen ökologischen Forschungsvorhaben in allen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR (AdW, AdL, Hochschulen u. a.) aus dem Staatshaushalt finanziert werden und Kürzungen der Finanzmittel auf diesem Gebiet nicht zugelassen werden.
- 3. In Anbetracht der erkannten Erkenntnis- und Politikdefizite ist zukünftig eine überproportionale Förderung der ökologie- und umweltrelevanten Forschung, insbesondere der Vorlaufforschung zu sichern. Für diesen Zweck sind mindestens zwei Prozent der aus der Abrüstung frei werdenden Mittel einzusetzen. Bei der Verteilung von Räumlichkeiten und Arbeitsmitteln zentraler MfS-/ANS-Einrichtungen in Berlin sind zu bildende Forschungsinstitutionen vorrangig zu berücksichtigen. Dies betrifft sowohl Forschungsinstitute der AdW, der AdL und andere Institutionen, darunter auch unabhängige Forschungseinrichtungen.

5. Stellungnahme zur Erklärung des Umweltministers vom 29. Januar 1990

Wir geben uns nicht zufrieden mit der Erklärung des Umweltministers vom 29. Januar, hinsichtlich der Produktion von Wasserzählern. Wir fordern sofort die Produktion von Wasserzählern zu beginnen, sie einzubauen und so der maßlosen Wasserverschwendung Einhalt zu gebieten. Den produktionsbeantragenden Betrieben ist schnellstens die Genehmigung zu erteilen.

6. Entwicklung der Umweltbedingungen in der DDR

13

Die Teilnehmer des Runden Tisches beschließen:

1. Der Runde Tisch nimmt die "Information zur Entwicklung der Umweltbedingungen in der DDR und weitere Maßnahmen - Basisjahr 1988" zur Kenntnis.
2. Die Regierung wird aufgefordert, das Material durch die Arbeitsgruppen "Ökologischer Umbau" und "Gesundheit" des Runden Tisches begutachten zu lassen. Sie wird aufgefordert, vor der Offenlegung der Information die von den genannten Arbeitsgruppen zu unterbreitenden Änderungs- und Ergänzungsvorschläge in das Material einzubeziehen.

7. Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR

Der Runde Tisch stimmt dem Vorschlag der Arbeitsgruppe "Neue Verfassung" zu Änderungen zum Beschlußantrag der Volkskammerkommission zu:

- (2) Der Artikel 22 wird durch Absatz 4 und Absatz 5 ergänzt:

"In der Deutschen Demokratischen Republik wohnhafte ausländische Bürger und Staatenlose haben Wahlrecht zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.

- (3) Das Nähere regeln die Wahlgesetze.

§ 3

Der Artikel 54 wird wie folgt verändert:

"Die Volkskammer besteht aus 400 Abgeordneten, die vom Volke unmittelbar auf die Dauer von 4 Jahren in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden.

8. Anträge neuer Parteien und Gruppierungen

Der Runde Tisch beschließt, die vorliegenden Anträge neuer Parteien und Gruppierungen nochmals an die Prioritätengruppe zur Prüfung zu überweisen.

Gleichzeitig soll eine Klärung erfolgen, in welcher Form die Möglichkeit eines Rederechtes gewährt werden kann. Der Runde Tisch beschließt keine weitere Zulassung von Anträgen neuer Parteien und Gruppierungen.

9. Nutzung der Staatsjagdgebiete und ehemaligen militärischen Sperrgebiete

Die ehemaligen militärischen Sperrgebiete und Staatsjagdgebiete waren über Jahrzehnte weitgehend vom Einfluß der Öffentlichkeit abgeschirmt. Ungewollt entwickelten sich durch diesen "Schutz" ökologisch wertvolle Zonen, die gerade in unserem dichtbesiedelten Land bisher unerkannte Gratisleistungen der Natur sichern,

wie zum Beispiel eine Ausgleichswirkung im Artengefüge oder die Spende von sauberem Trinkwasser und sauberer Luft.

Die schon erfolgte oder bevorstehende unkontrollierte Öffnung dieser Gebiete für Tourismus, Naherholung, Bauwesen und finanzkräftige westliche Unternehmen bedeutet Zerstörung der Eigenarten unserer Landwirtschaft sowie ein unwiederbringliches Verlorengelien der erwähnten Gratisleistungen.

Die Teilnehmer des Runden Tisches beschließen deshalb:

1. Sicherung der schon bestehenden Naturschutzgebiete (zum Beispiel NSG Ostufer der Müritz)
2. Einstweilige Sicherung der freiwerdenden Staatsjagdgebiete und militärischen Sperrgebiete vor anderweitigen Ansprüchen, (außer jagdwirtschaftlicher Betreuung) Stop aller laufenden und geplanten Landschaftsveränderungen, einschließlich Wasserbau und Hochbau
3. Prüfung der ökologischen Wertigkeit der betreffenden Gebiete durch eine umgehend zu bildende unabhängige Expertenkommission und schnellstmögliche Entscheidung über Schutzmaßnahmen

Es ist verfassungsrechtlich zu sichern, daß unsere Landschaft keiner unkontrollierten Privatisierung preisgegeben wird und ihr natürlicher Wert auch kommenden Generationen bewahrt bleibt.

10. Erklärung zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Der Runde Tisch gibt folgender Erklärung seine Zustimmung:

Liebe Bürgerinnen und Bürger

Zur Wahrung der demokratischen Entwicklung in unserem Land verständigten sich die Teilnehmer am Runden Tisch mit Ministerpräsident Modrow, die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 durchzuführen.

Dies erfordert von uns allen im Bemühen um Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Interessen unseres Volkes alles zu tun, damit die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in Ruhe, Sachlichkeit und ohne Gewalt erfolgen kann.

Die am Runden Tisch vertretenen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen versichern Ihnen, daß sie bei allen politischen unterschiedlichen Auffassungen die Würde des Menschen achten und sich gegen jede Gewaltanwendung gegenüber Personen und Sachen aussprechen. Jeder Bürger hat das Recht auf ein geborgenes friedlich geschütztes Leben in unserer Gesellschaft.

Die Teilnehmer des Runden Tisches setzen das Vertrauen auf sie, in dem sie sich jeder Gewalt enthalten, Aufrufen zur Gewalt entgegnetreten und keine Gewalt dulden.

Zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheitspartnerschaft mit den Angehörigen der Volkspolizei erwarten wir, daß mit aller Konsequenz auf der Grundlage des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei mit den rechtlich zulässigen Maßnahmen und Mitteln gegen gewalttätige Handlungen vorgegangen wird.

Die politischen Kräfte unseres Landes unterstützen in Verantwortung die Tätigkeit der Polizei und bitten Sie, sich solidarisch diesem Anliegen anzuschließen.

11. Wort an die Deutsche Volkspolizei

Die Teilnehmer des Runden Tisches danken und ermutigen die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei in Sicherheitspartnerschaft mit den politischen Kräften und Bürgern unseres Landes sich weiterhin konsequent für die Sicherheit der Menschen einzusetzen und gegen jede Gewalt mit den rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen.

12. Zur Vorbereitung der Volkskammerwahlen

Um die ausreichende Vorbereitung der Volkskammerwahlen abzusichern und die Chancengleichheit dabei zu gewährleisten, beschließt der Runde Tisch:

Für die Vorstände / SprecherInnen-Räte der neuen Parteien und Bewegungen, die sich an der Wahl beteiligen, ist, wo dies gewünscht wird, eine bezahlte Freistellung bis zum 18. März 1990 zu ermöglichen. Dies gilt für alle Ebenen der jeweiligen Organisation.

Die neuen Parteien und Bewegungen verpflichten sich, diese Möglichkeit nur insoweit zu nutzen also nicht auszunutzen, wie es unbedingt notwendig ist, um die Arbeitskräftesituation im Land nicht unnötig zuzuspitzen.

Die Regierung wird beauftragt diese Regelung so bald als möglich rechtskräftig durchzusetzen.

Teilnehmer am Runden Tisch am 29. Januar 1990
in der Residenz Schloß Niederschönhausen. Ossietzkvstr. Berlin 1110

CDU	Dr. Rudolf Krause Peter Schmidt Eberhard Wiedemann	Christlich-Demokratische Union Otto-Nuschke-Straße 59/60
DBD	Dr. Wilfried Schimmank Dr. Wolfoana Merbach Dr. Wolfoana Meißner	Demokratische Bauernpartei Deutschlands Behrenstraße 47/48 Berlin 1080
Demokratie jetzt	Dr. Hans-Jürgen Fischbeck Ulrike Poore	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Demokratischer Aufbruch	Günter Nooke Dr. Fred Ebeling	Marienberger Str. 12/13 Berlin 1055
FDGB	Dr. Marion Töfer Dr. Heinz Kallabis	Freier Deutscher Gewerk- schaftsbund Märkisches Ufer 54 Berlin 1020
Grüne Liga	Klaus Schlüter Jürgen Bernt-Bärtl	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Grüne Partei	Dr. Marianne Dörfler Carlo Jordan	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Initiative Frieden und Menschenrechte	Wolfoana Temolin Gerd Poore	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
LDPD	Dr. Armin Behrendt Prof. Dr. Michael Succow Dr. Hans-Peter Wolf	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands J.-Dickmann-Straße 48/49 Berlin 1086
NDPD	Dr. Eberhard Stief Uwe Laßen Dr. Friedrich Möller	National-Demokratische Partei Deutschlands Friedrichstr. 65 Berlin 1086

Neues Forum	Sebastian Pflugeil Heiko Lietz Werner Schulz	Rosa-Luxemburg-Str. 15 Berlin 1020
SPD	Ibrahim Böhme Markus Meckel	Otto-Grothewohl-Str. 19b Berlin 1080
SED-PDS	Gertrud Toppel Prof. Dr. Helmut Hegewald Dr. Helmut Schieferdecker	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Marx-Engels-Platz Berlin 1020
Unabhängiger Frauenverband	Dr. Uta Röth Gertraude Schmidt	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
VdaB	Wolfgang Hammer Joachim Lehmann	Zentralvorstand VdaB Timbandstr. 10 Berlin 1034
Vereinigte Linke	Dr. Reinfried Musch Thomas Klein	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Vertreter des Sorbischen Runden Tisches	Jan Mahlino	Nr. 68 Gröditz 8601

Beobachter:

FDJ-Zentralrat	Evelyn Jäger-Hulsmann Dr. Hans-Andreas Schönfeld	Zentralrat der FDJ Unter den Linden 36-38 Berlin 1086
Katholische Laienbewegung	Bernd Streich	Samariter Str. 22 Berlin 1035
Kulturbund	Prof. Dr. Ernst Taubert	Albrechtstr. 16 Berlin 1040

Grüne Partei	Ernst Dörfler	3401 Steckby
FDP	Peter Thietz	Kalkbener Str. 7 Schöneiche 1254
DFP	Frank-Thomas Heinze Dr. Jürgen Schmieder	F.-Meinia-Str. 16 9047 J.-Dick-Str. 24 9050 Karl-Marx-Stadt
Runder Tisch der Jugend	Katharina Thomma	Unter den Linden 36-38 1086 Berlin
DSU	Hans-Wilhelm Ebelina Dr. Peter-Michael Diestel	Dittrichrina 12 7010 Leipzig Nickelmannweg 2 7030 Leipzig
	Berater:	
CDU	Horst Gust Eberhard Ensel	Otto-Nuschke-Str. 59/60 1080 Berlin
Demokratie jetzt	Birgit Teschke	W.-Pieck-Str. 190 1040 Berlin
FDGB	Prof. Dr. Siegfried Frister Jürgen Zierholz	Seehausener Str. 54 1090 Berlin Am Märkischen Ufer 1026 Berlin
Grüne Partei	Hartmut Kretschmer	Hauptstr. 34 1272 Neuenhagen
Grüne Liga	Heidrun Rottenbach Jürgen Bernt-Bärtl	Hämmerlina-Str. 95 1170 Berlin Gustav-Mavr-Str. 3 4020 Halle

Initiative Frieden und Menschenrechte	Lothar W. Pawliczak	Atzpolienstr. 40
	Kathrin Menner	1130 Berlin Christburner Str. 30 1055 Berlin

Initiative Ver- einigte Linke	Michael Mäder	Musienburner Str. 1055 Berlin
----------------------------------	---------------	----------------------------------

NDPD	Kläber	Friedrichstr. 65 1086 Berlin
	Dr. Rolf Freiberg	

LDPD	Dr. Uwe Karl	J.-Dickmann-Str. 48/49 1080 Berlin
------	--------------	---------------------------------------

DBD

SPD	Christoph Matschie	Am Planetarium 31 6900 Jena O.-Nuschke-Str. 399 2500 Rostock 6
	Lothar Thurmann	

SED-PDS	Dr. Hans-Georg Schuster	PV-PDS Marx-Enaels-Platz 1020 Helene-Weigel-Pl. 14 1140 Berlin Mainzer Str. 26 Berlin 1035
	Dr. Karl-Friedrich Grunel	
	Dr. Hans-Dieter Naef	
	Maria Curter	

VdgB	Prof. Dr. Peter Kundler Bärbel Wunder	1278 Müncheberg ZV der VdgB Timbaudstr. 10
------	--	--

Sorbischer Runder Tisch	Mato Scholze	Jäger Str. 9 8600 Bautzen
----------------------------	--------------	------------------------------

UFV	Dr. Carola Hoffmann	Elisabethstr. 100 1141 Berlin
-----	---------------------	----------------------------------

Moderatoren:

Bund der Evangelischen Kirchen

OKR Martin Ziegler
Auguststraße 80
Berlin 1040

Berliner Bischofskonferenz

Monsignore Dr. Karl-Heinz
Ducke
Dänenstraße 17/18
Berlin 1071

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen

Pastor Martin Lange
Auguststraße 80
Berlin 1040

Pressesprecher:

Prälat Dieter Grande

Fehrbelliner Straße 99
Berlin 1054

Pfarrer Rolf-Dieter Günther

Auguststraße 80
Berlin 1040

Helga Helm-Schubert

Rathausstraße 13/03
Berlin 1020